

Deutsches Patent- und Markenamt

München, den 20. März 2003

Telefon: (0 89) 21 95 - 3081

Aktenzeich n: 102 28 317.6-33

Anmelder: Rudolf Riester GmbH ...

Deutsches Patent- und Markenamt · 80297 München

Patentanwälte
Leinweber
& Partner
Rosental 7 II. Aufg.
80331 München

10	2
02.03.2003	
2.8.	

Ihr Zeichen: -

Bitte Aktenzeichen und Anmelder bei
allen Eingaben und Zahlungen angeben

Zutreffendes ist angekreuzt ☒ und/oder ausgefüllt

Prüfungsantrag, Einzahlungstag am 25. Juni 2002

Eingabe vom

eingegangen am

Die Prüfung der oben genannten Patentanmeldung hat zu dem nachstehenden Ergebnis geführt.

Zur Äußerung wird eine Frist von

4 Monat(en)

gewährt, die mit der Zustellung beginnt.

Für Unterlagen, die der Äußerung gegebenenfalls beigelegt werden (z.B. Beschreibung, Beschreibungsteile, Patentansprüche, Zeichnungen), sind je zwei Ausfertigungen auf gesonderten Blättern erforderlich. Die Äußerung selbst wird nur in einfacher Ausfertigung benötigt.

Werden die Beschreibung, die Patentansprüche oder die Zeichnungen im Laufe des Verfahrens geändert, so hat der Anmelder, sofern die Änderungen nicht vom Deutschen Patent- und Markenamt vorgeschlagen sind, im Einzelnen anzugeben, an welcher Stelle die in den neuen Unterlagen beschriebenen Erfindungsmerkmale in den ursprünglichen Unterlagen offenbart sind.

In diesem Bescheid sind folgende Entgegenhaltungen erstmalig genannt. (Bei deren Nummerierung gilt diese auch für das weitere Verfahren:

Hinweis auf die Möglichkeit der Gebrauchsmusterabzweigung

Der Anmelder einer mit Wirkung für die Bundesrepublik Deutschland eingereichten Patentanmeldung kann eine Gebrauchsmusteranmeldung, die den gleichen Gegenstand betrifft, einreichen und gleichzeitig den Anmeldetag der früheren Patentanmeldung in Anspruch nehmen. Diese Abzweigung (§ 5 Gebrauchsmustergesetz) ist bis zum Ablauf von 2 Monaten nach dem Ende des Monats möglich, in dem die Patentanmeldung durch rechtskräftige Zurückweisung, freiwillige Rücknahme oder Rücknahmefiktion erledigt, ein Einspruchsverfahren abgeschlossen oder - im Falle der Erteilung des Patents - die Frist für die Beschwerde gegen den Erteilungsbeschluss fruchtlos verstrichen ist. Ausführliche Informationen über die Erfordernisse einer Gebrauchsmusteranmeldung, einschließlich der Abzweigung, enthält das Merkblatt für Gebrauchsmusteranmelder (G 6181), welches kostenlos beim Patent- und Markenamt und den Patentinformationszentren erhältlich ist.

Annahme stlle und
Nachtbriefkasten
nur
Zweibrückenstraße 12

Hauptgebäude
Zweibrückenstraße 12
Zweibrückenstraße 5-7 (Breiterhof)
Markenabteilungen:
Cincinnatistraße 64
81534 München

Hausadresse (für Fracht)
Deutsches Patent- und Markenamt
Zweibrückenstraße 12
80331 München

Telefon (089) 2195-0
Telefax (089) 2195-2221
Internet: <http://www.dpma.de>

Bank:
Landeszentralbank München
Kto.Nr.: 700 010 54
BLZ: 700 000 00

P 2401.1
4.02

S-Bahnanschluss im
Münchner Verkehrs- und
Tarifverbund (MVV):



Zweibrückenstr. 12 (Hauptgebäude)
Zweibrückenstr. 5-7 (Breiterhof)
S1 - S8 Haltestelle Isartor

Cincinnatistraße:
S2 Haltestelle Fasangarten
Bus 98 / 99 (ab S-Bahnhof Giesing) Haltestelle Cincinnatistraße

- /1/ - DE 93 08 615 U1 ✓
- /2/ - DE 75 38 880 U ✓
- /3/ - DE 30 09 941 A1 ✓

Der Prüfung liegen die ursprünglichen Unterlagen zugrunde.

Die vorgeschlagene Lösung zumindest gemäß des unabhängigen Anspruchs 1 ist gegenüber dem ermittelten Stand der Technik nicht neu, während verschiedene ihrer Ausgestaltungen nach Unteransprüchen nicht auf erfinderischer Tätigkeit beruhen. Die Erteilung eines Patents erscheint vorbehaltlich der weiteren Prüfung jedoch grundsätzlich möglich, wenn eine hinreichende Beschränkung des Hauptanspruchsbegehrens erfolgt.

Aus der Druckschrift /1/ (vgl. Fig. 1 iVm S.8, Zeilen 10,11) ist ein manuell handhabbares, helligkeitsverstellbares Leuchtgerät mit einem elektrischen Lichtquelle (26, 27, 29) aufweisenden Hauptkörper (11) und einem manuell betätigbaren Bedienelement (36) zur Helligkeitssteuerung der Lichtquelle bekannt, wobei das Bedienelement (36) mittels einer linearen Bewegung verstellbar ist.

Anspruch 1 der vorliegenden Lösung ist demgegenüber nicht neu und daher nicht gewährbar, wobei die den Schutzbereich von Anspruch 1 nicht beschränkende bevorzugte Verwendung des Leuchtgerätes zur medizinischen Diagnostik außer Betracht bleibt. Die auf Anspruch 1 rückbezogenen Ansprüche 2 – 13 sind ebenfalls nicht gewährbar.

Die Unteransprüche 2 - 4 sind gegenüber /1/ ebenfalls nicht neu, während es sich bei den weiteren Ansprüchen 5 – 7 um gängige Ausgestaltungen von Schiebepotentiometern handelt und die zusätzlichen Maßnahmen gemäß den Unteransprüchen 8 – 11 für den Fachmann (Konstrukteur derartiger Leuchtgeräte) allgemein nahegelegen haben, so dass sie eine erfinderische Tätigkeit nicht begründen können.

Der Fachmann kann die Helligkeitseinstellung mittels Schiebepotentiometers gemäß /1/ ohne erfinderisches Zutun auf ein medizinisches Untersuchungsgerät mit einer Leuchteinrichtung vergleichbarer Form, wie zB ein Otoskop (zB /2/) gemäß Anspruch 13 übertragen, bei dem die Helligkeitseinstellung radial über einen Einstellring erfolgt. Die Schieberegler-Variante bietet gewisse Vorteile hinsichtlich des Bedienkomforts (was allerdings subjektiv durchaus unterschiedlich empfunden werden kann); hierzu regt auch schon der als ergonomisch günstig angesehene Schiebeschalter zum Ein- und Ausschalten der Beleuchtungslampe eines derartigen Gerätes in Druckschrift /3/ an (vgl. S. 9, Zeile 6-8; S. 14, 4. /5. Zeile v.u.).

Bei dieser Sachlage könnte eine geeignete Abgrenzung der vorgeschlagenen Lösung vom Stand der Technik höchstens noch dadurch erfolgen, dass in den Anspruch 1 Merkmale aufgenommen würden, die den Anspruch 12 sehr konkret hinsichtlich der Figuren und der zugehörigen Beschreibung umsetzen. Die Implementierung von Anspruch 12 in Anspruch 1 reicht hierzu nicht aus, da hieraus nicht deutlich wird, wie das Bedienelement bzw. der Widerstand in die Befestigungseinrichtung integriert sein sollen, so dass sich zwangsläufig eine fehlende Ausführbarkeit eines entsprechenden Anspruchs ergäbe.

Würde dem gefolgt, müsste die Erfindungsbeschreibung an die zu verändernden Ansprüche angepasst werden, d.h. die Passagen zum Gegenstand der Erfindung müssten entsprechend beschränkt werden. Gleichzeitig müssten zumindest die Druckschriften /1/ und /2/ als bekannte Lösungen (letztere iVm den bisherigen Ausführungen zum Stand der Technik) so erörtert werden, dass der Bezug zur vorliegenden Lösung klar wird. Neue Unterlagen könnten in Form von Austauschseiten eingereicht werden (2-fach).

Da derzeit noch keine erteilungsreifen Unterlagen vorliegen, muss bei

ergebnislosem Fristablauf oder nicht ausreichend substantiierter Erwiderung mit der Zurückweisung der Anmeldung gerechnet werden.

Prüfungsstelle für Klasse F 21 L

Dipl.-Phys. K. Franke

Anlage:

Abl.v. 3 Entgegenhaltungen

Ausgefertigt
Stemmer
Regierungsangestellter

